

Überfälle auf Tankstelle: Zwei Festnahmen

■ Bielefeld-Baumheide. Nach den Raubüberfällen auf Tankstellen in Baumheide fahndet das Kriminalkommissariat 12 weiter nach den Tätern. Zwei Verdächtige sind festgenommen, haben aber womöglich nichts mit der Serie zu tun. 500 Euro Belohnung hat ein Tankstellenpächter ausgesetzt.

Am 20. Dezember betrat gegen 21.50 Uhr ein maskierter Mann die Aral-Tankstelle an der Herforder Straße 432. Er trug eine schwarz-weiß-karierte Holzfallerjacke und war bewaffnet mit einer Pistole. Der Räuber ist 17 bis 20 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, grün/grau Augen. Als Maske diente eine Sturmhaube. Vermutlich derselbe junge Mann überfiel am 1. Januar gegen 20.20 Uhr die Aral-Tankstelle an der Herforder Straße 301. Wieder trug er die karierte Jacke.

Am Donnerstag, 30. Dezember, kam es zu einem erneuten Überfall auf die Aral-Tankstelle an der Herforder Straße 432. Ein Mann betrat gegen 12.50 Uhr die Tankstelle, drohte mit einem Klappmesser und forderte Geld. Er ist etwa 1,80 Meter und schlank, trug dunkelblaue Winterjacke, schwarze Hose, weiße Sportschuhe, maskiert mit einer hellen Plastiktüte mit Augenlöchern. Am 8. Januar gegen 21.40 Uhr hat die Polizei zwei Verdächtige (29 und 17 Jahre) in der Nähe der Tankstelle festgenommen. Der 29-Jährige hatte das Gelände ausgekundschaftet. Sein Komplize wollte laut Polizei erst die Tankstelle überfallen, habe dann aber die Nerven verloren und sei geflüchtet.

Die Polizei bittet um Hinweise an ☎ 54.50.



Wer kennt diese Jacke?

Anzeige

Zeitung anfordern



... wann immer Sie wollen.

Ein Abo der Neuen Westfälischen können Sie jetzt schnell, einfach und 24 Stunden online anfordern.

Ein Service Ihrer Tageszeitung, jetzt online – 7 Tage die Woche rund um die Uhr.

Abbestellung im Internet: nw-news.de

NW
Neue Westfälische
OSTWESTFÄLISCHES STÄRKE BREITEN



Im Polizeigriff: Eine Einsatztruppe komplimentierte am 3. Januar Demonstranten gegen Hartz IV aus dem Foyer der Agentur für Arbeit. Zuvor hatten der Leiter der Agentur (rechts) und die Protestierer vergeblich nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht. FOTO: ANDREAS ZOBEL

Verfehlt oder angemessen?

Streitfall Polizei in der Arbeitsagentur Anfang Januar: Ein offener Briefwechsel

■ Bielefeld (mönt). Es war ein Tag mit viel Aufregung. Mehrere Männer und Frauen demonstrierten am Montag, 3. Januar, im Foyer der Agentur für Arbeit gegen Hartz IV und das Arbeitslosengeld II. Sie entroll-

ten Plakate und skandierten ihren Unmut. Peter Glück, Leiter der Arbeitsagentur in Bielefeld, trat mit den Demonstranten in Kontakt. Beide Seiten diskutierten. Glück wollte die Protestierer dazu bewegen, das

Haus zu verlassen, da diese seiner Meinung nach den Ablauf störten. Es kam zu keiner Einigung, woraufhin Glück die Polizei zur Hilfe rief. Die Beamten führten die Demonstranten schließlich ab. Darüber zeigt

sich Professor Veronika Bennholdt-Thomsen vom Sozialforum Bielefeld entsetzt. Das schrieb sie Peter Glück. Der erwiderte ihren Brief – und widersprach ihr. Wir haben den Briefwechsel dokumentiert.

Sehr geehrter Herr Dr. Glück, wir, Teilnehmende des Sozialforums Bielefeld, sind nachgerade entsetzt über die Tendenz, den Protest gegen die Einführung des Arbeitslosengeldes II in Bielefeld zu kriminalisieren. Betroffene haben im Foyer und auf den Fluren des Arbeitsamts laut den Geist kritisiert, der hinter dieser „Reform“ steht, ebenso wie die Modalitäten der Durchsetzung – zum Beispiel für ein Euro pro Stunde zur Arbeit verpflichtet werden zu können. Dieser Protest war auf das Gespräch mit den Menschen im Arbeitsamt ausgerichtet. Es wurde ausgezeichnete Streichmusik gespielt und diskutiert. Dennoch haben Sie die Polizei geholt: Eine Eingreiftruppe, die alle Anwesenden erkenntlich dienstlich filmte oder fotografierte, so als würden diese etwas Unrechtes tun. Wie wir der Zeitung entnehmen, waren auch sechs „Ermittler vom Staatschutz in Zivil“ anwesend.

Die Bedrohung, die für die Betroffenen von ALG II ausgeht, ist schon groß genug ist; vor allem die Bedrohung von sozialer Ausgrenzung, die von den Betroffenen – zusätzlich zu der existenziellen Bedrohung, die längere Arbeitslosigkeit sowieso schon mit sich bringt – befürchtet werden muss. Warum fügen Sie dem noch die Drohung einer polizeilichen Verfolgung hinzu? Dabei verdienen diejenigen, die sich in dieser bedrohlichen Lebenssituation nicht in ihrem zivilgesellschaftlichen Engage-

ment beirren lassen, ganz im Gegenteil Hochachtung.

Denn wir sind der Meinung, dass wir gegenwärtig mehr denn je der öffentlichen Diskussion zwischen allen betroffenen Gruppierungen bedürfen. Wie wir in Bielefeld, in NRW, in Deutschland mit unseren sozialen Sicherungssystemen umgehen, ist eine Frage von großer Tragweite.

Mit anderen Worten, die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme ist eine zivilgesellschaftliche Angelegenheit. Wie kreativ und produktiv die konkrete Gestaltung in Bielefeld ausfällt, wird erheblich vom Gesprächsklima, das jetzt geschaffen wird, abhängen.

Zu guter Letzt sind wir der Meinung, dass es nicht angeht, wenn die zahlreichen, zur Verängstigung der Betroffenen beizutragenden Fehlleistungen bei der Vergabe von ALG II von Seiten der Arbeitsagentur als quasi lässliche Sünde der „Anlaufschwierigkeiten“ apostrophiert werden, während die Betroffenen in der Tendenz dafür kriminalisiert werden, dass sie ihren „Schwierigkeiten“ mit dem ALG II in der Arbeitsagentur Bielefeld laut Ausdruck verleihen. Spätestens an diesem Missverhältnis sollte Ihnen, Herr Dr. Glück auffallen, wie verfehlt Ihr Herbeirufen der Einsatztruppe gewesen ist.

Mit freundlichen Grüßen i. A. des Sozialforums Bielefeld
Hon. Prof. Dr. Veronika Bennholdt-Thomsen

Sehr geehrte Frau Professor Dr. Bennholdt-Thomsen, Sie monieren den Polizeieinsatz in der Agentur für Arbeit am 3. Januar. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie die Angelegenheit anders sehen als ich, ich werde Ihnen aber gern die Gründe für mein Handeln darlegen.

Der 3. Januar war nicht nur der Starttag für Hartz IV, es war auch der erste Arbeitstag im Monat. An diesen Tagen, insbesondere wenn sie auf den Montag fallen, haben wir immer ein deutlich erhöhtes Publikumsaufkommen. Dazu kamen die zu erwartenden zahlreichen persönlichen Vorsprachen wegen der Alg-II-Bescheide.

Sie werden die Parolen von „Agenturschluss“ und „Lahmlegung der Erwerbslosenbürokratie“ kennen, die im Vorfeld verbreitet wurden. Wenn ja, können Sie vielleicht auch nachvollziehen, dass ich in dieser Situation die Polizei hinzugezogen habe.

Die Proteste beschränkten sich nun nicht auf eine in Ihren Ohren „ausgezeichnete“ Streichmusik. Die Transparente, Lautsprecher und Sprechchöre in den Wartezonen haben Sie offenbar nicht wahrgenommen. Diese stellten aber eine erhebliche Störung dar, die ich nicht hinzunehmen bereit war. Ich habe im übrigen auch deutliche Unmutsäußerungen aus unserem Publikum an die Adresse der Protestierer gehört, zum Beispiel die Aufforderung „Geht

Ihr doch erst mal arbeiten“.

Ich bin der Polizei sehr dankbar, dass sie so effizient und moderat vorgegangen ist, wie Sie es beobachten konnten. Was mich erstaunt, ist Ihre Formulierung „als würden diese (die Demonstranten) etwas Unrechtes tun“ im Zusammenhang mit den Filmaufnahmen. Ich hatte das Hausrecht ausgeübt, damit waren die Proteste nichts anderes als Hausfriedensbruch. So ist die Rechtsordnung.

Sie sehen, mir ist nicht klar geworden, „wie verfehlt mein Herbeirufen der Einsatztruppe“ gewesen ist, im Gegenteil, ich halte es nach wie vor für richtig.

Ich habe der Polizei ausdrücklich gedankt und auch den Kunden der Agentur und der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit plus“, die an diesem Tag erhebliche Wartezeiten in Kauf nehmen mussten. Darin sehe ich das eigentliche Problem dieses Tages, das sind nämlich die Menschen, um die es mir und wohl auch Ihnen geht.

Die Demonstranten hatten nicht das Anliegen, die Dienste der Agentur in Anspruch zu nehmen. Ich weiß nicht, ob sie arbeitslos waren oder sind; zu ihrem Arbeitsvermittler wollten sie jedenfalls nicht, sonst hätten sie mein Angebot annehmen können, sie dahin zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Peter Glück
Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bielefeld

Balance zwischen Grün und Grau halten

Landschaftsbeirat zieht kritische Bilanz

■ Bielefeld (aut). Der „Verlust vieler Bäume in der Stadt“ sei Folge der abgeschafften Baumschutzsatzung, beklagt Barbara Bayreuther-Finke. Die gestern wiedergewählte Vorsitzende des Landschaftsbeirats zog eine kritische Bilanz der letzten fünf Jahre. Der Flächenverbrauch setzte sich leider fort: „Wir können nur versuchen, dass er in geplanten Bahnen verläuft.“

55 Hektar pro Jahr, die doppelte Fläche des Altstadt-Hufeisens, werde für Siedlungs- und Verkehrsflächen versiegelt, bedauerte Bayreuther-Finke. Vor allem auf Kosten landwirtschaftlicher Flächen. Wald nehme auf Grund der Ausgleichsmaßnahmen wieder zu.

Der Landschaftsbeirat sei „Sachwalter der Natur“ in der Stadt und versuche, Fehlentwicklungen entgegen zu wirken. Mit begrenztem Erfolg, wie die negative Flächen-Bilanz zeige. Aber auch nicht ohne Einfluss. Bayreuther-Finke: „Unsere Stellungnahmen sind ein Faktor auf politischer Ebene.“

An 27 Bebauungsplänen war der Beirat beteiligt, nur sechs habe er abgelehnt, wie Württemberger Allee und Sportplatz

Schildesche. Gerade letzterer sei ein Negativ-Beispiel, dass die Stadt in ihrer Geldnot „immer hilfloser Investoren ausgeliefert“ sei und „über Nacht freie Fläche“ verbraucht werde: „Das darf nicht Schule machen.“

Der Beirat bedauert auch, dass das Umweltschutzamt nicht mehr eigenständig ist und vom Baudezernenten mit geleitet wird: „Der Umweltschutz hat keine eigene Stimme mehr.“ Dezernent Gregor Moss wünschte Bayreuther-Finke „viel Glück dabei, die Balance zwischen Grün und Grau zu halten“.

Die jüngste Befragung zum Stadtgrün zeige, dass Grün und Wald den Bielefeldern wichtig sei und als Vorteil gegenüber anderen Städten angesehen werde. Fazit: „Landschafts- und Naturschutz ist nicht nur Aufgabe des Beirats, sondern auch der Politik.“ Die vergesse leider gern, den der Landschaftsbehörde angegliederten Beirat zu hören.

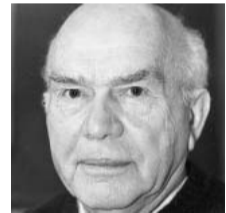
Zum Stellvertreter Bayreuther-Finkes (BUND) wählte der Beirat Landwirt Bernd Baade-Möller wieder. Mit einem Blumenstrauß geehrt wurde Erich Herrmann (Fischereiverband), der 20 Jahre „sehr engagiert“ im Beirat mitgearbeitet hat.



Vorsitz: Barbara Bayreuther-Finke



Stellvertreter: Bernd Baade-Möller



Gewürdigt: Erich Herrmann.

Chrysler-Autos für den „anderen Fahrspaß“

Chrysler-Jeep-Vertrieb verdoppelte Verkaufszahl

■ Bielefeld (ass). „Ein stattliches Ergebnis“ nennt Michael Lindhof, Center-Leiter der Chrysler & Jeep Vertriebsgesellschaft Bielefeld das 2004 erzielte Verkaufsergebnis: 160 Neufahrzeuge und 50 Gebrauchtswagen.

Es war das erste volle Geschäftsjahr für das Center an der Herforder-, Ecke Stadtheider Straße, ein Tochterunternehmen der DaimlerChrysler AG (Mercedes Benz Niederlassung Bielefeld). Lindner ist dort zugleich Kaufmännischer Leiter.

Seit April 2003 wird die Vertretung als Verkaufs- und Servicestützpunkt geführt und setzte im Geschäftsjahr 2004 insgesamt 5,5 Millionen Euro um. 2003 wurden in Bielefeld 80 Neufahrzeuge abgesetzt. Die Zahl der Mitarbeiter stieg auf elf. Zuständig ist die Firma für amerikanische Fahrzeuge des DaimlerChrysler Konzerns für Ostwestfalen-Lippe, ohne Gütersloh und Paderborn.

Der Erfolg des letzten Jahres war laut Lindner durch Mitarbeiterengagement sowie Produktneuheiten bestimmt. Dazu zählen u.a. das PT Cruiser Cabrio, das bei Karmann in Osnabrück gefertigte Crossfire Cabrio und die wichtige 300 C Limousine.

Für „Freunde des etwas anderen Fahrspaßes“ erwartet die Geschäftsführung in diesem Jahr den modellgepflegten Jeep Chrokee und die Neueinführung des Jeep Grand Cherokee. Außerdem wird es den 300 C mit 2,7 Liter Motor sowie als CDI Diesel geben. „Wir sind und bleiben ein Nischenanbieter“, betont Michael Lindhof. In Bielefeld beträgt der Marktanteil neuer Chrysler-Wagen 0,7 Prozent.

Für Dr. Peter Ulrich, Niederlassungsleiter der DaimlerChrysler AG in Ostwestfalen-Lippe, bauen die Amerikaner „keine abgeklatschten Europäer, sondern Autos aus Amerika“. Allerdings: „Amerikanische Autos mit europäischem Interieur.“

Mediation: Konflikt-Management statt staatlicher Gerichtsbarkeit

Professor Karsten-Michael Ortloff über „Chancen einer bürger- und wirtschaftsnahen Verwaltung“ / Burkhard Zurheide: Mittel zur Beseitigung von Konflikten

VON WILFRIED MASSMANN

■ Bielefeld. Das Thema Mediation stand im Mittelpunkt einer Runde aus Angehörigen der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Behörden, Hochschulen und der Initiative Wirtschaftsnahe Verwaltung der OWL Marketing GmbH. Professor Karsten-Michael Ortloff, langjähriger Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin und jetzt hauptamtlicher Gerichtsmediator im Rahmen eines Modellversuchs, sprach über „Chancen einer bürger- und wirtschaftsnahen Verwaltung“.

„Mediation ist ein immer stärker in Anspruch genommenes Instrument, um Konflikte zu beseitigen“, versicherte Rechtsanwalt Burkhard Zurheide. Er ist einer der wenigen Bielefelder Wirt-

schaftsmediatoren. Ihre Zahl wird steigen, die Bedeutung der Mediation erheblich zunehmen.

Landgerichtspräsident Uwe Jürgens hat erst kürzlich vor dem Anwaltverein angekündigt, dass die „gerichtsferne Mediation“ vorangetrieben werden soll. Immer mehr Leute klagen vor Gericht, die Justiz ist überlastet und der Staat knapp bei Kasse. Freie Anwälte können da hoffen.

Professor Ortloff betreibt die aus den USA seit den 70-er Jahren bekannte Mediation – Vermittlung – im Verwaltungsrecht. Mediation gibt es aber auch im Wirtschafts- und im Umweltrecht sowie in der Zivilgerichtsbarkeit. „Klassische Mediation setzt ein, wenn eine Verhandlung gescheitert ist“, sagt Ortloff.

Gesetzliche Regelungen über das Verfahren gibt es noch nicht. Das besorgt zum Beispiel die



Befürworter von Mediation: Die Juristen Burkhard Zurheide, Prof. Dr. Karsten-Michael Ortloff, Axel R. Raulinat, Dr. Peter-D. Schulte sowie Otto Sauer (von links).

Firma Tenos AG (Hamburg), Kooperationspartner der Bielefelder Kanzlei Schulte/Zurheide.

Tenos-Vorstand Axel R. Raulinat war gestern ebenfalls in Bielefeld. Die Firma stelle „modernes Konfliktmanagement als Al-

ternative zur staatlichen Gerichtsbarkeit zur Verfügung“. Über ein bundesweites Netz von Kooperationspartnern sorgt sie für Organisation und Durchführung von Mediations- und Schiedsverfahren. Ihr Service reicht von fach-

lich geschulten Mediatoren bis zu Verhandlungsräumen.

400 bis 500 Euro kostet die Mediationsstunde bei freien Anwälten im Durchschnitt. Am Ende steht ein Protokoll oder ein rechtsverbindlicher Vertrag. Als

Vorteile der Mediation gelten, neben dem flexiblen Verfahren der Gegner am runden Tisch, Schnelligkeit und der Ausschluss der Öffentlichkeit gegenüber staatlichen Gerichtsverfahren.

Der Richter, so Ortloff, soll eine Doppelrolle erfüllen: Vergleichen und richten. Letzteres norm- und interessenorientiert. „Der Mediator macht das rein interessenorientiert, ohne Rücksicht auf Rechtsfragen.“ Der Jurist beobachtet auch einen gesellschaftlichen Wandel von einem oft noch obrigkeitlichen Verhalten staatlicher Stellen zu einem konsensualen, kooperativen Umgang mit den Bürgern. „Es geht bei uns nicht um einen Kompromiss, sondern um einen erweiterten Interessenausgleich für beide Seiten.“ Tenos-Vorstand Raulinat meint sogar: „Es geht um wertschöpfende Lösungen.“